

müht war, eine Verstimmung wie 1973 auf jeden Fall zu vermeiden. In den kurzen Reden des Papstes und Dayans nach der einstündigen Audienz schlug sich die Verbesserung des Verhältnisses deutlich nieder (vgl. Osservatore Romano, 13./14. 1. 78). Paul VI. bat seinen Gast, dem israelischen Volk und – auch das wohl eine bewußt freundliche Geste – seiner Regierung des Papstes „tief empfundene Wünsche für den Frieden“ zu übermitteln. Der Papst würdigte die Friedensinitiativen Israels und Ägyptens und sprach die Überzeugung aus, daß die jetzt begonnenen Verhandlungen zu Lösungen führen können, die dem Verlangen aller Völker der Region nach Sicherheit und Gerechtigkeit entsprechen und das Fundament für eine friedliche Zukunft bilden können.

In bezug auf *Jerusalem* und die Heiligen Stätten äußerte Paul VI. die Erwartung, daß die Vorschläge des Heiligen Stuhls berücksichtigt werden (seit geraumer Zeit ist der Vatikan von

der seit 1947 erhobenen, aber längst illusorisch gewordenen Forderung nach Internationalisierung Jerusalems unter UN-Aufsicht abgegangen und intendiert jetzt einen international garantierten Sonderstatus, der allen in Jerusalem lebenden Religionsgemeinschaften gleiche Rechte zusichern soll). Jede mögliche Lösung müsse den besonderen religiösen Charakter Jerusalems wahren. In seiner kurzen improvisierten Antwort dankte Dayan dem Papst für die empfangene Ermunterung („wir können sie brauchen“) und für die Bereitschaft, entsprechend seinen Möglichkeiten allen betroffenen Parteien bei ihrer Suche nach Frieden behilflich zu sein.

Wie begrenzt auch immer der Spielraum für vatikanische Aktivitäten auf diesem Sektor sein mag, der positiv verlaufene Besuch des israelischen Außenministers fügt sich gut ins Bild der päpstlichen Friedensmahnungen zum Ende des vergangenen und zum Beginn des neuen Jahres. H. G. K.

## Die Haltung des Episkopats in Polens Krise

In Polen herrscht zur Zeit ein seltener Gleichklang zwischen Partei und Kirche. Mit fast identischen Worten ermahnen Primas Kardinal Wyszyński und Parteichef Edward Gierek ihre Landsleute zur Überwindung von Lastern wie Alkoholismus, Bestechung, Großmannssucht und Arbeitsschlendrian. In seinem Referat zur zweiten Landesparteiikonferenz am 9. November sprach Gierek von der Einheit der Nation und dem Streben nach guten Beziehungen des Staates zur Kirche, „Beziehungen, deren Inhalt das Zusammenwirken bei der Realisierung der großen nationalen Ziele und das Wohlergehen der Volksrepublik ist“.

### Neues Verhältnis zur politischen Führung

Wyszyński hatte nur wenige Tage vorher in der überfüllten Warschauer Kathedrale seine Politik erläutert und

dem Staat die *Hilfe der über eine tausendjährige Erfahrung verfügenden Kirche* bei der moralischen Gesundung der Nation zugesagt. Voraussetzung dafür sei jedoch ein *weiterer Spielraum der gesellschaftlichen Freiheit für die Kirche*, vor allem die Wiederherstellung der kirchlichen Vereine und Gruppen, die Genehmigung einer authentischen katholischen Presse und die Möglichkeit, solche Bücher und Veröffentlichungen herauszugeben, die bei der „Arbeit der Moralisierung der Nation“ helfen würden. Wenn die Kirche wirklich helfen solle, könne sie nicht nur auf die Kanzel und den Religionsunterricht beschränkt sein, sondern müsse einen breiteren Aktionsradius haben.

Auch die *Ethik am Arbeitsplatz* gehöre zu den moralischen Normen, für die man nicht nur vor den Menschen, sondern auch vor Gott Rechenschaft ablegen müsse. Damit der Mensch sich mit

dem, was er tut, stärker identifiziert, müsse der Staat die Formen der Entfremdung abbauen. Dazu rechnete Wyszyński auch eine „übermäßige Zensur“. Sie desinformiere den Menschen, da er nicht wisse, wie die Dinge stehen, fühle er sich oft nicht für sie verantwortlich.

In der Warschauer Predigt, die eine *Erläuterung der Begegnung von Parteichef Gierek mit dem Papst* vom 1. Dezember 1977 sein sollte, kam Wyszyński auch wieder auf die Forderung nach einer Anerkennung des öffentlich-rechtlichen Status der Kirche zurück. Diese Frage habe bei den jüngsten Gesprächen zwischen dem Vatikan und dem Staat und dem polnischen Episkopat und dem Staat eine erhebliche Rolle gespielt. Vor dem Kriege hatte die römisch-katholische Kirche in Polen einen öffentlich-rechtlichen Status.

Nach seiner *schweren Krankheit*, deren Folgen man ihm noch immer ansieht, war der Primas am 8. November nach Rom gereist. Er hatte dort vor und nach der Gierek-Audienz Gespräche mit dem Papst. Die Warschauer Dreikönigs-Predigt ist eine Erläuterung der Rede, die der Papst bei der Gierek-Audienz am 1. Dezember gehalten hat. Die Thematik der von vielen polnischen Zeitungen im Wortlaut abgedruckten Rede war vermutlich mit den polnischen Bischöfen abgesprochen. Paul VI. hatte dem Parteichef gesagt:

„Wir sind überzeugt, auch heute offen versichern zu können, daß die Kirche bereit ist, für die polnische Bevölkerung einen positiven Beitrag zu leisten. Das wünschen wir, und dazu sind wir besonders befähigt, vor allem, wenn es um die Erziehung zur Achtung der moralischen Werte geht und darunter der Werte, die die gesellschaftliche Ethik betreffen sowie die Opferbereitschaft im Zusammenwirken für das gemeinsame Wohl, in der Arbeit und im freien persönlichen Einsatz für die wirkliche und volle Entwicklung des Landes... Die katholische Kirche bitet nicht um Privilegien für sich, sondern allein um das Recht, sie selbst zu bleiben und darum, daß sie ohne Hindernisse ihre Tätigkeit entwickeln

kann in Übereinstimmung mit ihrem Wesen und mit ihrer Mission.“

### Vorbehalte gegenüber „Normalisierungen“

Von einer eventuellen Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und Warschau war in der Ansprache des Papstes nicht die Rede. Es ging vielmehr – vermutlich ebenfalls in Absprache mit den polnischen Bischöfen – um die Rolle der katholischen Kirche in Polen und um die Entspannungspolitik. In kirchlichen Kreisen Warschaws hält man die Entsendung eines Nuntius nach Warschau in absehbarer Zeit für durchaus möglich, ist der päpstlichen Diplomatie gegenüber aber weiter skeptisch. Die beste Illustration dieses *Mißtrauens gegenüber der vatikanischen Ostpolitik* ist eine Rede, die Wyszyński am 10. November in Rom vor polnischen Auslandsgeistlichen hielt und die später in Warschau bekannt wurde. Darin sagte der Primas klipp und klar:

„Die Kirche in Polen steht nicht kraft dieser oder jener politischer Verträge oder diplomatischer Abmachungen. Das sichert die Kirche in Polen nicht. Wir wissen, daß dies auch anderswo die Kirche nicht sichert, wo Verträge zwischen dem Apostolischen Stuhl und den entsprechenden Regierungen zustande kamen. Es können Bischöfe eingesetzt werden, aber wenn sie nicht die Herrschaft in der Kirche haben, sind sie nur eine Institution zum Vorzeigen. Die Herrschaft liegt dann beim Staat, selbst wenn es um die inneren Angelegenheiten der Kirche geht. Das ist eine Art von Cäsaro-Papismus. Wir verteidigen uns vor einer solchen Art von Normalisierung... Daher wollen wir die Kirche in Polen nicht kraft politischer Verträge und Vereinbarungen sichern. Sie haben ihre Bedeutung, aber als die Dachziegel auf einem Gebäude, das von den Fundamenten her wächst. Und es wächst in Polen kraft des lebendigen Glaubens der Nation, des heißen Gebets, der besonderen Liebe zur Gottesmutter und der moralischen Empfindsamkeit. In Polen ist man besonders empfindlich

gegenüber den Problemen der Kirche, den katholischen Problemen, den Problemen der Hierarchie und der Geistlichkeit. Wir dienen nicht nur der Nation, wir werden auch von der Nation ‚überwacht‘. Es überwacht uns nicht nur diese oder jene politische Formation. Es überwacht uns das Volk, das voller Angst ist, ob der Episkopat nicht manchmal in seinen Kontakten mit den Behörden zu weit geht. Dieser lebendige Glaube der Nation bleibt auch dann bestehen, wenn es nicht zu Verträgen zwischen dem Vatikan und der Regierung kommt.“

Für Wyszyński also ist ausschlaggebend die Nation und der Dialog im Lande. Er steht auf dem Standpunkt, daß die Probleme des Landes zwischen den *polnischen* Bischöfen und den *polnischen* Behörden geregelt werden sollten. Hinter dieser Haltung steckt unter anderem die vom Primas immer wieder empfundene historische Identifizierung der katholischen Kirche mit der Nation in Polen. Möglicherweise ist Wyszyńskis jetzige Haltung auch eine Demonstration gegenüber dem Vatikan, daß Polens Bischöfe die Probleme mit dem Staat alleine lösen können. Sein Engagement für die moralische Stärkung der Nation und ein Zusammenwirken mit dem Staat zu diesem Zweck begründete er in der schon vorher zitierten römischen Rede folgendermaßen.

Für Polen und auch für die Kirche im Lande sei es wichtig, „kleine Revolutionen“ zu vermeiden wie zuletzt bei den Protestaktionen von Ursus und Radom im Juni 1976. Die Gefahr und Bedrohung komme nicht aus dem Ausland, sondern liege eher in der inneren Situation. Überforderung in der Arbeitswelt auf Grund einer übereilten Industrialisierung führe zu Verteidigungsreaktionen, die nicht immer moralisch seien. In den Schlangen vor den Lebensmittelläden vor allem aber liege die Wurzel für neue „kleine Revolutionen“.

### Der neue Weg nicht ohne Gefahren

In indirekter Erwähnung seiner Unterredung mit Parteichef Gierek vom

6. November heißt es weiter: „Die Behörden beginnen, sich darüber klarzuwerden, daß sie selbst die ethische Umerziehung nicht fertigbringen. Die Kirche muß ihnen zu Hilfe kommen. Mir wurde versichert, daß die Kirche eine positive Arbeit leistet, die der Nation und dem Staat dient. Aus dem gleichen Munde kam bei der Vorbereitung der Verfassung die Äußerung, daß man die katholische Kirche nicht mit den anderen Glaubensbekenntnissen in einen Satz einschließen kann, weil – so wurde gesagt – die Kirche niemals mit der Nation kämpfte, was man von den anderen Glaubensbekenntnissen in Polen nicht sagen kann.“

Und was kann man tun, so wurde ich gefragt, damit der Einfluß der Kirche auf die Bevölkerung breiter wird, denn wir – so wurde mir gesagt – werden mit gewissen Anzeichen der Demoralisierung in den Bereichen der Gesellschaft, des Berufs und der Arbeitsbeziehungen nicht fertig. Das sind vor allem die Trunkenheit, die in Polen oft von der mangelnden Stabilität der Währung herrührt, in gewissem Ausmaß die Rauschgiftsucht und anderes. Darauf antworten wir, obwohl das nicht unsere einzige Forderung ist, Freiheit von Zensur und Freiheit zur Herausgabe von Druckerzeugnissen.“

Wyszyński hat also seine Forderungen auch Gierek vorgetragen. Auf die Frage eines westlichen Journalisten, ob der Staat darauf eingehen werde, verwies der ZK-Sekretär *Jerzy Lukaszewicz* am 10. Februar in Warschau auf die bestehenden Kontakte. Darüber müsse man in normalen Gesprächen reden, denen die staatlichen Behörden nicht auswichen.

Die neue Richtung eines Zusammenwirkens zwischen Episkopat und Partei zur moralischen Erneuerung der Nation ist für Polens Kirche *nicht problemlos*: falls sie sich zu sehr mit der staatlichen Führung identifiziert, könnte sie vor allem bei der intellektuellen Jugend an Attraktivität verlieren. Auch manchen an Konfrontation gewöhnten Mitgliedern des Klerus fällt das Verständnis für die neue Richtung vermutlich nicht leicht. R. M.